Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

11. November 2026

Auf einen Blick - Der 15. Integrationsbericht

„Integration in Deutschland:

Ein wissenschaftsbasierter und indikatorengestützter Lagebericht“

Der 15. Integrationsbericht liefert mit 58 Indikatoren in 14 Themenfeldern ein wissenschaftlich fundiertes Lagebild der Integration in Deutschland.

Faktenbasiert zeigt er: Integration gelingt in vielen Bereichen heute besser als je zuvor. Das ist gelebter Alltag von Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die hier leben, arbeiten und Deutschland mitgestalten.

Deutschland ist ein heterogenes Einwanderungsland: 21,8 Millionen Menschen (26,3 % der Bevölkerung) hatten 2025 eine Einwanderungsgeschichte, das heißt, sie sind selbst eingewandert oder Nachkommen von Eingewanderten. Zusammen mit 4,2 Millionen Personen mit einem eingewanderten Elternteil (einseitige Einwanderungsgeschichte) liegt der Anteil an der Gesamtbevölkerung bei rund 30 %. Sie zahlen Steuern, sichern die Rente und tragen zum Ausgleich des Fach- und Arbeitskräftemangels bei. Während in den 2010er-Jahren vor allem EU-Bürgerinnen und EU-Bürger einwanderten, sind es in den vergangenen Jahren Menschen aus Drittstaaten.

81 % der Eingewanderten fühlen sich Deutschland zugehörig. Bei den Nachkommen liegt die Quote bei 89 % und bei Menschen ohne Einwanderungsgeschichte bei 91 %.

Es bestehen nach wie vor strukturelle Ungleichheiten für Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Zusammen mit **wachsenden Ausgrenzungserfahrungen** bedrohen diese Faktoren den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zentrale Ergebnisse

Beschäftigung

- **Der Zuwachs bei der Beschäftigung in Deutschland geht seit 2024 ausschließlich auf Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurück.** 69,5 % der Eingewanderten im Alter von 15 bis 64 Jahren sind 2025 erwerbstätig. Viele arbeiten in Engpassberufen, z. B. in der Pflege oder in der Gastronomie. Insgesamt sind die Erwerbstätigenquoten von Menschen mit Einwanderungsgeschichte von 2009 bis 2025 weiter gestiegen, insbesondere die der Nachkommen (+20 Prozentpunkte) und von Menschen, bei denen ein Elternteil eingewandert ist (+20 Prozentpunkte). Jedoch bleiben die Erwerbstätigenquoten weiterhin hinter denen von Menschen ohne Einwanderungsgeschichte zurück (81 %).

- **Weiterhin bestehen ungleiche Einkommenschancen: Eingewanderte und ihre Nachkommen verdienen 2024 etwa 16 % bzw. 12 % weniger als Personen ohne Einwanderungsgeschichte,** auch weil sie häufiger in weniger qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt sind. Das Vollzeitentgelt der Eingewanderten lag bei 3.494 Euro und bei Nachkommen bei 3.676 Euro, gegenüber 4.165 Euro bei Personen ohne Einwanderungsgeschichte.
- **Nach wie vor gibt es erhebliche Ungleichheiten bei der Arbeitsmarktintegration von eingewanderten Frauen.** Die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf bleibt ein zentrales Hindernis: In Paarhaushalten mit Kindern liegt die Erwerbstätigenquote eingewanderter Frauen 2025 bei 60,7 % und bei Frauen ohne Einwanderungsgeschichte bei 87,7 %.

Bildung

- **Der Bildungsaufstieg von Menschen mit Einwanderungsgeschichte ist bedeutsam:** Fast die Hälfte der Nachkommen übertrifft die Qualifikation ihrer Eltern: 87 % der 18- bis 24-jährigen besitzen einen Sekundarstufe-II-Abschluss oder befinden sich in Bildung bzw. Fortbildung. Der Anteil der 25- bis 34-jährigen Nachkommen mit akademischem Abschluss hat sich seit 2009 mehr als verdoppelt und liegt 2025 bei 26,7 %.
- **Zwischen 2009 und 2025 stieg der Anteil der Studierenden mit einem oder zwei eingewanderten Elternteilen auf mehr als das Doppelte** an (Nachkommen: von 4,1 % auf 11,2 %; Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte: von 3,6 % auf 9,5 %).
- **Trotz dieser Erfolge bestehen weiterhin gravierende Bildungsungleichheiten:** Grund dafür sind vor allem soziale, finanzielle und bildungsbezogene Risikolagen, von denen mehr als die Hälfte der Eingewanderten und Nachkommen unter 18 Jahren betroffen sind.
- **Kinder mit Einwanderungsgeschichte besuchen seltener eine Kindertagesbetreuung.** 2025 wurden 85,4 % der Drei- bis unter Sechsjährigen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte institutionell betreut, 77,5 % der Nachkommen, 69,2 % der eingewanderten Kinder und 91,4 % der Kinder ohne Einwanderungsgeschichte.
- **Jugendliche ohne deutschen Pass erreichen die Hochschulreife weniger häufig. 2024 verließen zudem 16,7 % allgemeinbildende Schulen ohne Abschluss**, im Vergleich zu 3,3 % der Jugendlichen mit deutschem Pass.

Deutschkompetenz

- **Deutschkenntnisse sind der Schlüssel für Bildung und Arbeitsmarkt. Die Sprachförderung in den Integrationskursen beweist ihre Wirksamkeit:** Im Deutsch-Test für Zuwanderer erreichen 55 % das Niveau B1 und weitere 32 % das Niveau A2. Nach fünf Jahren in Deutschland bewerten 79 % ihre Sprachkenntnisse als gut oder sehr gut.

Kriminalität und Rassismus

- **Die Zahl erfasster hasskrimineller Gewalttaten ist von 2021 bis 2025 um rund 70 % gestiegen.** Zwei Drittel der Fälle sind rechtspolitisch motiviert. Das häufigste Tatmotiv ist Fremdenfeindlichkeit.
- **Zudem steigen die rassistischen Diskriminierungserfahrungen** von Eingewanderten von 12,6 % im Jahr 2022 auf 15,5 % im Jahr 2024.
- **Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung (14,9 %) häufiger Täterinnen bzw. Täter und Opfer von Straftaten.** Der Anteil unter den Kriminalitätsopfern liegt bei 26,1 % (2025) und unter den rechtskräftig Verurteilten bei 40 % (2024). Die Forschung nennt als Gründe, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Durchschnitt stärker von demografischen und sozialen Risikofaktoren betroffen sind, die die Wahrscheinlichkeit für delinquentes Verhalten erhöhen. Sie werden zudem häufiger polizeilich kontrolliert und angezeigt.

Hintergründe zum Bericht

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration legt den Bericht gemäß § 94 Aufenthaltsgesetz dem Deutschen Bundestag vor. Er wurde im Auftrag der Beauftragten durch das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) erstellt und ist innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.

Der Integrationsbericht betrachtet die 14 Themenfelder Demografie, Rechtsstatus, frühkindliche und schulische Bildung, Sprache, berufliche und akademische Bildung (mit Schwerpunktkapitel), Arbeitsmarktintegration, Einkommen, soziale und politische Partizipation, diversitätsorientierte Öffnung, Wohnen, Gesundheit, Leben in Sicherheit, hasskriminelle Gewalt und Rassismus. Die 58 Indikatoren des Berichts decken in der Regel den Beobachtungszeitraum 2009 bis 2025 ab.

Das Dashboard Integration des Statistischen Bundesamts (www.dashboard-integration.de) macht die Indikatoren und Daten des Berichts für alle zugänglich.